A14 Verfassungsfeinde raus aus unseren Schulen und Ämtern

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-
Württemberg (beschlossen am 07. Mai
2025)
Tagesordnungspunkt: 5 V-Anträge

Antragstext

1 Mit der offiziellen Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch den
2 Verfassungsschutz wurden Tatsachen bestätigt, die für viele Demokrat*innen
3 bereits lange offensichtlich waren. Dennoch ist diese Einordnung ein
4 alarmierender Wendepunkt. Achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist
5 eine rechtsextreme Partei erneut flächendeckend in deutschen Parlamenten und
6 kommunalen Räten vertreten – und nimmt damit Einfluss auf politische
7 Entscheidungsprozesse. Dies stellt eine ernsthafte Bedrohung für unsere
8 Demokratie dar. Rechtsextreme Kräfte, die offen gegen die freiheitlich-
9 demokratische Grundordnung agieren, dürfen nicht weiter Teil unseres politischen
10 Alltags bleiben.

11 Aus diesem Grund fordern wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg die
12 Landesregierung erneut auf, sich im Bundesrat nachdrücklich für die Einleitung
13 eines Verbotsverfahrens gegen die AfD einzusetzen. Die verfassungsfeindliche
14 Ideologie, die sich in ihrer Programmatik, ihren öffentlichen Auftritten und der
15 alltäglichen politischen Arbeit immer wieder zeigt, widerspricht den Grundwerten
16 unserer Verfassung. Ein Verbot dieser Partei ist nicht nur legitim, sondern
17 angesichts der aktuellen Entwicklungen dringend notwendig.

18 Darüber hinaus sehen wir akuten Handlungsbedarf im öffentlichen Dienst.
19 Menschen, die aktiv Mitglied einer rechtsextremen Partei oder Organisation sind,
20 dürfen keine verantwortungsvollen Positionen im Staatsdienst bekleiden. Dies
21 gilt insbesondere für Berufe mit Vorbildfunktion wie Lehrer*innen, die
22 tagtäglich junge Menschen prägen. Unsere Schulen und Hochschulen dürfen kein Ort
23 sein an dem demokratiefeindliche und spaltende Ansichten verbreitet werden. Aber
24 auch in sicherheitsrelevanten Bereichen wie der Polizei sowie in öffentlichen
25 Ämtern, in denen Entscheidungen mit großer Tragweite getroffen werden, muss jede
26 Form von rassistischem, diskriminierendem oder verfassungsfeindlichem Verhalten
27 konsequent unterbunden werden.

28 Wir fordern deshalb, dass die Landesregierung umgehend prüft, welche

29 Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die AfD in Erscheinung treten, und –
30 soweit rechtlich möglich – disziplinarische Maßnahmen bis hin zur Entlassung
31 einleitet. Unser demokratischer Staat darf seinen Gegner*innen keine Bühne
32 bieten und ihnen schon gar nicht Verantwortung und Einfluss überlassen.

33 Der Schutz unserer demokratischen Grundordnung verlangt entschlossenes Handeln –
34 und dieses muss jetzt erfolgen.

Begründung

Erfolgt mündlich!